

### Editorial

Im hochschulpolitischen Programm des DGB ragen zwei Sätze heraus. Der eine lautet: *„An Hochschulen praktizierte Wissenschaft darf nicht den Zwängen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs unterworfen sein, sondern muss in demokratische Verfahren und Strukturen eingebunden und transparent sein.“*

Ihm direkt folgend der zweite wichtige Gedanke: *„Der gesellschaftliche Kern der Wissenschaftsfreiheit liegt in dem Beitrag der Wissenschaften zu einem vernunftgeleiteten, sozial gerechten, friedlichen und demokratischen Gemeinwesen. Unsere Gesellschaft braucht daher eine plurale, kritisch-reflexive Wissenschaft.“*<sup>[1]</sup>

Wissenschaft definiert sich in weiten Teilen anders. Hochschulen sind vielfach weit davon entfernt, sich in diesem Sinn zu definieren. Es braucht also den Diskurs. Einen „Streit“ in den Hochschulen und einen Diskurs zwischen Hochschule und Gesellschaft über Wissenschaft und ihr Verhältnis zur Gesellschaft. Einerseits ist die Hochschule Ort von Wissenschaft und Forschung, die sich gesellschaftlicher Einflussnahme zu entziehen hat, weil sie wissenschaftlicher Wahrheit verpflichtet ist. Andererseits ist die Hochschule Teil von Gesellschaft und damit nicht nur mit sozialen Interessen konfrontiert, sondern auch selbst Akteur in einem interessegeleiteten Umfeld.

Wie die Entwicklung von „Öffentlichkeit“ selbst ist die moderne Hochschule Teil der Genese der bürgerlichen Gesellschaft, in der sich scheinbar eindeutig Öffentliches und Privates, Staat und Gesellschaft trennen (lassen). Doch so wie die bürgerliche Gesellschaft voller Widersprüche ist und z.B. lange trotz normativem Gleichheitsanspruch ein allgemeines und gleiches Wahlrecht verwehrt hat, ist auch das Verhältnis der Sphären von Öffentlichem und Privatem voller Widersprüche. Beispielsweise drängt die Industrie (als Ausdruck privater wirtschaftlicher Interessen) auf den staatlichen Schutz von Rohstoff- und Absatzmärkten während der Bereich des Öffentlichen zunehmend von privaten, gemeint sind hier: ökonomischen Interessen bestimmt ist.

Oder ein anderes Beispiel: es entsteht z.B. eine Kulturindustrie, die wirtschaftlichen Zwecken gehorchend auch vor der Beeinflussung öffentliche Meinung nicht zurückschreckt. Wie Jürgen Habermas ausführte, entsteht (Ende des 19. Jahrhunderts) ein staatlicher Interventionismus, in dem „die Eingriffe der öffentlichen Gewalt in den Verkehr der Privatleute Impulse (vermitteln), die mittelbar aus ihrer Sphäre selbst stammen.“<sup>[2]</sup> In dieser „Dialektik einer mit fortschreitender Verstaatlichung der Gesellschaft sich gleichzeitig durchsetzenden Vergesellschaftung des Staates“ (ebd.) liegt nach Habermas der Kern dessen, was er in seiner Habilitation als Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit bezeichnet hat. Gegenwärtig schält sich ein eine neue Qualität von Öffentlichkeit heraus, in der einerseits sich die ökonomische Macht großer Digitalkonzerne und eine bis dato nicht vorstellbare Vermögensverteilung des Politischen bemächtigen, andererseits neue soziale Medien die Wirksamkeit tradiert Institutionen infrage stellen.

Die – moderne – Universität verbindet fünf zentrale auf Humboldt zurückzuführende Prinzipien: die Idee der Persönlichkeitsbildung durch Wissenschaft; die Einheit von Forschung und Lehre; die Definition von Wissenschaft als Forschungsprozess; die Charakterisierung hochschulischer Lehre als Teil des Forschungsprozesses und die Freiheit von Forschung und Lehre als individuelle Freiheit des Lehrenden

und als institutionelle Freiheit der hochschulischen Einrichtung.<sup>[3]</sup> Damit setzt sie sich sowohl von einer Bildungskonzeption von Persönlichkeitsbildung in und über den Beruf ab, der für die Frühaufklärer nicht ohne Bedeutung war wie sie faktisch auch ein nach sozialen Ständen differenziertes Bildungssystem begründet, welche die Hochschule den sozialen Eliten und die Berufsbildung der großen Mehrheit der Bevölkerung zuschreibt.<sup>[4]</sup> Die allgegenwärtige Distanz zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung und ihre bisher nicht realisierte Gleichwertigkeit lassen sich hieraus ableiten. Die soziale Durchlässigkeit ist bis heute nicht verwirklicht.

Das ihr innenwohnende Konzept der Wissenschaftsfreiheit wurde von Max Weber und Karl Popper in ein Verständnis von Wissenschaft, die frei von gesellschaftlichen Interessen sei, überführt. Dieses Wissenschaftsverständnis zeichnet sich aus durch ein Streben nach Allgemeingültigkeit, Objektivität und Eigenständigkeit. Als Prototyp gilt gemeinhin die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung. Strukturell ist dieses Wissenschaftsverständnis davon geprägt, dass die Hochschulen, namentlich die Universitäten, als Orte der - wertfreien - Wissensproduktion, die Gesellschaft als die Sphäre der Wissensanwendung betrachtet wird. Demgegenüber steht ein kritisches Verständnis von Wissenschaft, die Wissenschaft als zu reflektierenden Bestandteil gesellschaftlicher Produktions- und Reproduktionsprozesse begreift, die nicht leugnet, dass wissenschaftliche Erkenntnis und soziale Interessenlagen verwoben sind, sondern dieses Verhältnis zu ihrem Gegenstand macht und sich – anwendungsbezogen und praxisorientiert - in den Dienst einer „besseren“ Welt stellt.

Die moderne Hochschule ist eine öffentliche Hochschule. Sie ist dem Staat und der Gesellschaft zu Transparenz verpflichtet. Denn gerade weil es „keinen Wissenschaftsbereich (gibt), der aus der Vernetzung mit gesellschaftlichen Verwendungszusammenhängen ausgeschlossen wäre“<sup>[5]</sup>, muss Hochschule als Teil einer demokratischen Öffentlichkeit nach innen und mit der Gesellschaft um die Aufgaben von Wissenschaft und Forschung ringen. Wohl wissend um die Widersprüchlichkeit einer Öffentlichkeit, in der sich private Interessen als in dem Gemeinwesen dienende Interessen wandeln, ist demokratische Öffentlichkeit für und in den Hochschulen eine Grundbedingung für Transparenz und Pluralität von Wissenschaft und ihre Rückbindung an die Gesellschaft.

Öffentlichkeit lebt vom „Streit“. Die Hochschule wird im besten Fall zu einem „Streitraum“. Wir freuen uns daher, dass Thomas Krüger, der Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung, der genau diesen Titel in einem Aufsatz für das DSW-Journal gewählt hat, auch uns seine Gedanken zur Verfügung gestellt hat.<sup>[6]</sup> In diesem Streitraum, der unterschiedliche wissenschaftliche Positionen ebenso voraussetzt wie die Artikulation und den Aushandlungsprozess zwischen unterschiedlichen Positionen und Personengruppen, konstituiert sich einer hochschulinterne Öffentlichkeit. Sie macht Transparenz nach innen und außen notwendig.

Mit den Autorinnen und Autoren wollen wir den Streitraum Hochschule in drei Themenfeldern ausleuchten: in Bezug auf die Mitwirkungsmöglichkeiten der Gesellschaft an der Hochschule, in Bezug auf die Repräsentanz aller sozialer Schichten in der Hochschule und in Bezug auf den Inhalt von Forschung und Lehre.

So sollen die Hochschulräte, Ausdruck neuer Governance an den Hochschulen an ihrer Schnittstelle zur Gesellschaft, nachdem sie aus dem öffentlichen Blick verschwunden sind, in Bezug auf ihre Wirksamkeit

bilanziert und in Bezug auf die soziale Zusammensetzung ihrer Gremien diskutiert werden.

Im zweiten Themenfeld geht es um die Frage, wer eigentlich die personelle Basis der (studentischen) Öffentlichkeit ist. Eine demokratische Öffentlichkeit an einer Hochschule, will sie nicht ständisch verkümmern, muss die Heterogenität der Studierenden abbilden. Wie setzt sich also die Studierendenschaft sozial zusammen, was kann angesichts der vielen (vergeblichen?) Versuche für mehr soziale Durchlässigkeit sinnvoll vorgeschlagen werden, um einen gesellschaftlichen Querschnitt in der Studierendenschaft zu realisieren? Wie wird Lehre anschlussfähig für Berufserfahrene? Welche Möglichkeiten hat die wissenschaftliche Weiterbildung, Berufserfahrene einzubeziehen und einen Beitrag für mehr soziale Durchlässigkeit zu leisten? Wie sehen Studierende selbst „ihre Öffentlichkeit“?

In der Kooperation zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt an der Ruhr-Universität ist eine Praxis der Zusammenarbeit entstanden, die als „Forschungsk Kooperation“ die moderierende Rolle der Gemeinsamen Arbeitsstelle von Universität und IG Metall verbindet mit den Forschungsinteressen und der Expertise der beteiligten Lehrstühle. Entstanden ist ein Konzept, das welches auf der Vermittlung von Forschungsinteresse und praktischem, arbeitsweltlich begründetem Anliegen vermittelt. Ver.di hat ein erfolgreiches Projekt etabliert, über das arbeitsweltliche Themen fest in der hochschulischen Lehre verankert wurden. Daraus ist ein Beispiel erfolgreicher Kooperation zwischen Hochschule und Arbeitswelt entstanden. Hochschulen sind heute zu Ausbildungsinsitutionen geworden. Dies hat mit der Anzahl von Studierenden zu tun, die über die Hochschule in die Arbeitsmärkte gelangen. Zugleich verbirgt sich in dieser Feststellung eine Kritik, wenn das Studium kaum noch Platz für kritisches Denken bietet und sich an Begriffen wie der „Employability“ ausrichtet. Angesichts des sog. Bildungsschismas, das sich auch in der Unterschiedlichkeit der Bildungstypen ausdrückt, ist die Frage virulent, was hochschulische und berufliche Bildung voneinander lernen können. Auch dies ist angesichts der Widersprüchlichkeiten sowohl in den Bildungsreformbemühungen in der Berufsbildung wie im Hochschulbereich notwendig Teil einer öffentlichen Debatte, in der die Hochschule Gegenstand und Akteur zugleich ist. In dieser Debatte kann die Hochschule nur als öffentliche Einrichtung agieren.

[1] Beide Zitate DGB, Für eine demokratische und soziale Hochschule – das hochschulpolitische Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 2012, S. 7

[2] Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Darmstadt, Neuwied 1979 (10.Aufl.), S. 173

[3] Vgl. Peer Pasternack, Carsten von Wissel, Programmatische Konzepte der Hochschulentwicklung seit 1945, in: Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Expertisen für die Hochschule der Zukunft, Bad Heilbronn 2012

[4] Vgl. Herwig Blankertz, Die Geschichte der Pädagogik, Wetzlar 1982/2011; Ludwig von Friedeburg, Bildungsreform in Deutschland, Frankfurt a.M. 1989

[5] Peter Faulstich, Öffentliche Wissenschaft, in: ders. (Hrsg.) Öffentliche Wissenschaft, Bielefeld 2006, S. 24

[6] Thomas Krüger, Streitraum Hochschule, DSW-Journal 4/2018, S. 34ff